

109-4/163

MINISTERSTVO NÁRODNÍ BEZPEČNOSTI
ARCHIVNÍ A STUDIJNÍ ODBOR

Doslo

109-4/163

Či.

Přílohy

15 listů Sv

ST S

IV. B - 50 / 41.

Prag, den 22. März 1942

Vertraulich!

An

- a/ die Abteilungen I - IV
- b/ die Zentralverwaltung
- c/ sämtliche Gruppen
- d/ den Befehlshaber der Sicherheitspolizei
mit 5 Mehrabdrucken
- e/ den Befehlshaber der Ordnungspolizei
mit 5 Mehrabdrucken
- f/ den Vertreter des Auswärtigen Amts
- g/ alle Oberlandräte

Nachrichtlich an:

- h/ das Büro des Reichsprotectors
- i/ das Büro des Staatssekretärs
- k/ das Büro des Unterstaatssekretärs
- l/ den Wehrmachtvollmächtigten
- m/ die Parteiverbindungsstelle
mit 15 Mehrabdrucken
- n/ den Kurator der deutschen wissenschaftlichen
Hochschulen in Prag
- o/ den Kurator der deutschen technischen
Hochschule in Brünn
- p/ den Oberfinanzpräsidenten in Prag

Betrifft: Abbau der autonomen Protektoratsbediensteten,
hier: Legionäre

Bezug: -

Anlagen: -

Wie statistische Erhebungen über das bisherige Ergebnis des Beamtenabbaues zeigen, ist trotz wiederholter Hinweise auf die politische Notwendigkeit der Entfernung der Legionäre aus dem öffentlichen Dienst erst ein Bruchteil der Legionäre tatsächlich abgebaut worden. So gibt es heute unter den öffentlichen Bediensteten noch rund 17.000 Legionäre, davon sind rund 3.000 Beamte und davon wieder ungefähr 200 des höheren Dienstes. Politisch besonders bedenklich ist, dass sich unter den Legionären noch ungefähr 1000 ehemalige aktive Offiziere und Rottmeister befinden.

Ich möchte deshalb nochmals mit allem Nachdruck darauf hinweisen, dass eine Bereinigung der Legionärsfrage im Protektorat nur durch die restlose Beseitigung aller Legionäre aus dem öffentlichen Dienst möglich ist. Wenn auch dieses Ziel aus Mangel insbesondere an technischen Kräften nicht in nächster

Pl. S. - B. - 50/40.



40005
- 2 -

1a

Zeit erreichbar ist, so muss bei jeder Weiterbelassung eines Legionärs der Grundsatz massgebend sein, dass die Entfernung aus dem Dienst durchzuführen ist, soweit nicht dienstliche Gründe die Weiterbelassung unbedingt erforderlich machen. Dabei sollen für die Entscheidung nicht die unvollständigen und oft unrichtigen Begründungen der Protektoratsbehörden ausschlaggebend sein, sondern die Gruppen- und die sonstigen über die Protektoratsverwaltung aufsichtführenden Reichsdienststellen müssen strenger als bisher die Notwendigkeit der Weiterbelassung selbst untersuchen. Berücksichtigt muss dabei in erster Linie werden, dass der autonome Beamtenapparat bisher übersetzt war und von ihm keinerlei Abstellungen zur Wehrmacht und bisher auch zum Einsatz in anderen Gebieten notwendig waren - im Gegensatz zur deutschen Verwaltung, die trotzdem die durch den Krieg noch gestiegenen Aufgaben bewältigt. Insbesondere dürfen Legionäre auch nur dann im aktiven Dienst weiter belassen werden, wenn gegen sie vom SD. nichts Nachteiliges festgestellt wurde.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände wird es möglich sein, bei den unteren Dienstkategorien, wo Pensionierungen im grösseren Umfang nicht immer ohne dienstliche Beeinträchtigung möglich sein werden, bei der Entscheidung über die Weiterbelassung einen milderen Masstab anzulegen. Dabei wird im Einzelfall auch auf die sozialen Verhältnisse Rücksicht genommen werden können. Auf keinen Fall kann jedoch geduldet werden, dass Legionäre noch weiterhin in hervorgehobenen Stellen des öffentlichen Dienstes tätig sind, da sie meist gerade auf Grund ihrer Legionärseigenschaft in höhere Stellungen kamen und leichter durch andere, vielleicht noch geeignetere Beamte, ersetzt werden können. Desgleichen müssen alle Legionäre, soweit sie ehemalige aktive Militärpersonen waren, aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden. Ich bitte deshalb, soweit Ihr Geschäftsbereich betroffen wird, die Protektoratsverwaltung anzuweisen, mit sofortiger Wirkung alle Beamtenlegionäre des höheren Dienstes und soweit dadurch noch nicht erfasst, alle Legionäre, welche ehemalige aktive Militärpersonen waren, in den dauernden Ruhestand zu versetzen, vorausgesetzt, dass sie die Pensionsaltersgrenze erreicht haben. Eine Ausnahme bei den Technikern ist nur dann zuzulassen,

2

wenn sie wirklich unersetzbar sind, wobei aber die Unersetzbarkeit, wie bereits ausgeführt, von den Gruppen usw. genauest nachzuprüfen ist. Sonst ist Weiterbelassungen von Legionären des höheren Dienstes und soweit sie Militärpersonen waren, grundsätzlich nicht mehr zuzustimmen.

gez. Heydrich
1.-Obergruppenführer und
General der Polizei.

Beglaubigt:

K. M. H.

Registrator

S. a. d.

h. 21.5.42.

3

Prag, den 17. Feber 1941.

K.H. mit 1 Anlage

Herrn Schneider

zugeleitet.

Der Herr Staatssekretär wünscht, dass ihm der angeschlossene Vorgang jeweils vorgelegt werde, wenn ihn ein tschechischer Minister aufsuche. Ob das der Fall ist, kann aus dem Tagesprogramm für den Herrn Staatssekretär, das Ihnen künftig zugestellt wird, entnommen werden. Ich bitte um die entsprechende weitere Veranlassung.

Einkläpflich der Ministergespräche am 14/7. 41 letztmalig vorgelegt.

Verfügung von St. OPR. Dr. Jires:

Erledigt, a. d. H. - Plener da 14/7.

Bitte eintragen

St. S. IV B-50/41

Der Reichsprotector
in Böhmen und Mähren

Nr. I 1 c - 5635

Prag, den 10. Februar 1941.

An

- a) die Abteilungen I - IV
- b) die Zentralverwaltung
- c) alle Gruppen
- d) die Dienststelle für das Land Mähren
- e) den Befehlshaber der Sicherheitspolizei
(mit 5 Mehrabdrucken)
- f) den Befehlshaber der Ordnungspolizei
(mit 3 Mehrabdrucken)
- g) den Vertreter des Auswärtigen Amts
- h) sämtliche Oberlandräte

Nachrichtlich:

das Büro des Reichsprotectors
das Büro des Staatssekretärs
das Büro des Unterstaatssekretärs
den Wehrmachtsbevollmächtigten
die Parteiverbindungsstelle
(mit 25 Mehrabdrucken)
den Kurator der deutschen wissenschaftlichen
Hochschule in Prag
den Kurator der deutschen technischen Hochschule
in Brünn
den Oberfinanzpräsidenten, Prag.

Betrifft: Abbau der Bediensteten der autonomen Protektorats-
verwaltung - Durchführungsanweisungen der autonomen
Protektoratsregierung.

Bezug: -

Anlage: 1

Anliegend übersende ich Abdruck der Durchführungs-
anweisungen der Protektoratsregierung zu meiner Verordnung
vom 30.12.1940 VOBlRProt.1941 Seite 7 und meinem Schreiben
vom 9.1.1941 - I 1 c 5635 mit der Bitte um Kenntnisnahme und
weiteren Veranlassung.

Im Auftrage:
gez. H u f n a g e l
Beglaubigt:

Hufnagel
Registrator.

Ministerratspräsidium.

Z. 4.727/41 M.R.

Prag, am 8. Februar 1941.

- 1) An die Kanzlei des Staatspräsidenten
- 2) An die Präsidien aller Ministerien
- 3) An den kommissarischen Leiter der VI. Sektion des Ministeriums für Landwirtschaft
- 4) An den kommissarischen Leiter der VIII. Sektion des Ministeriums für Landwirtschaft (Gruppe Forste)
- 5) An den kommissarischen Leiter der VIII. Sektion des Ministeriums für Landwirtschaft (Gruppe Landwirtschaft)
- 6) An den kommissarischen Leiter des Bodenamtes, IX. Sektion des Ministeriums für Landwirtschaft
- 7) An das Präsidium der Obersten Rechnungskontrollbehörde
- 8) An das Präsidium der Obersten Preisbehörde
- 9) An das Präsidium des Obersten Verwaltungsgerichtes
- 10) An das Generalinspektorat der Regierungstruppe des Protektorats Böhmen und Mähren
- 11) An das Präsidium des Statistischen Zentralamtes

in P. R. a. S.

Betrifft: Durchführungsweisungen zur Verordnung des Reichsprotectors vom 30. Dezember 1940 (Verordnungsblatt des Reichsprotectors 1941, S. 7).

In dem am 2. Jänner 1941 ausgegebenen Verordnungsblatt des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren, Nr. 1, wurde auf S. 7 und 8 die Ver-

Předsednictvo ministerské rady.

Č. 4.727/41 m.r.

V Praze dne 8. února 1941.

- 1) Kanceláři státního presidenta
- 2) Presidiím všech ministerstev
- 3) Komisařskému vedoucímu VI. odboru ministerstva zemědělství
- 4) Komisařskému vedoucímu VIII. odboru ministerstva zemědělství (skupina lesy)
- 5) Komisařskému vedoucímu VIII. odboru ministerstva zemědělství (skupina zemědělství)
- 6) Komisařskému vedoucímu pozemkového úřadu, IX. odbor ministerstva zemědělství
- 7) Presidiu nejvyššího účetního kontrolního úřadu
- 8) Presidiu nejvyššího úřadu cenového
- 9) Presidiu nejvyššího správního soudu
- 10) Generálnímu inspektorátu vládního vojska Protektorátu Čechy a Morava
- 11) Presidiu ústředního statistického úřadu

v P. R. a. S.

Všc: Prováděcí pokyny k nařízení říšského protektora ze dne 30. prosince 1940 /Věstník říš. prot. 1941, str 7/

V čísle 1 Věstníku nařízení říšského protektora v Čechách a na Moravě, vydaném dne 3. ledna 1941 bylo na str. 7 a 8 vyhlášeno

ordnung des Reichsprotectors vom 30.Dezember 1940 über die Abänderung und Ergänzung einiger Bestimmungen der Regierungsverordnung vom 21.Dezember 1938 Slg.Nr.379, betreffend die Regelung gewisser Personalverhältnisse in der öffentlichen Verwaltung, kundgemacht.Diese Verordnung ist am 30.Dezember 1940 in Kraft getreten.

Auf Anordnung des Herrn Reichsprotectors werden zur Durchführung der zitierten Verordnung die nachstehenden Weisungen erlassen:

I.

1) Jene Bediensteten, die Anspruch auf Versetzung in den dauernden Ruhestand gemäss der Bestimmung des § 21 „abs.1, der Regierungsverordnung Slg.Nr. 379/1938 in der Fassung der zit.Verordnung des Reichsprotectors haben, d.i.wenn sie dienstunfähig sind und die Wiedererlangung der Dienstfähigkeit ausgeschlossen ist oder wenn sie das 50. Lebensjahr (weibliche Bedienstete das 48.Lebensjahr) überschritten haben, sind aufzufordern, dies, falls sie diesen Anspruch geltend machen wollen, ehestens, nach Möglichkeit bis 24.Februar 1941 bei ihrer Dienstbehörde zu tun.Ist die Dienstbehörde nicht gleichzeitig jene Behörde, die zur Versetzung des Bediensteten in den dauernden Ruhestand berechtigt ist, so hat

6
nařízení říšského protektora ze dne 30.prosince 1940 o změně a doplnění některých ustanovení vládního nařízení ze dne 21.prosince 1938, č.379 Sb., o úpravě některých personálních poměrů ve veřejné správě. Toto nařízení nabylo platnosti dnem 30.prosince 1940.

Z nařízení pana říšského protektora vydávají se k provedení cit. nařízení tyto pokyny :

I.

1) Zaměstnanci, kteří mají nárok na přeložení do trvalé výslužby podle ustanovení § 21, odst. 1 vládního nařízení č.379/1938 Sb. ve znění cit.nařízení říšského protektora, t.j. jsou-li k službě neschopni a je-li vyloučeno, že opět nabudou schopnosti ke službě a-nebo překročili-li 50.rok věku /zaměstnankyně 48.rok věku/, se vybízejí, aby, miní-li tento nárok uplatniti, učinili tak co nejdříve, pokud možno do 24.února 1941 u svého služebního úřadu. Není-li služební úřad zároveň úřadem, který jest oprávněn přeložiti zaměstnance do trvalé výslužby, zašle nejkratším a nejrychlejším způsobem tuto přihlášku zaměstnancovu úřadu příslušnému k přeložení zaměstnance do trvalé výslužby. Zjistí-li tento úřad, že jsou dány zmíněné

sie diese Anmeldung des Bediensteten im kürzesten und raschesten Wege jener Behörde zu übersenden, die zur Versetzung des Bediensteten in den dauernden Ruhestand zuständig ist. Wenn diese Behörde feststellt, dass die erwähnten Voraussetzungen gegeben sind, hat sie den Bediensteten in den dauernden Ruhestand zu versetzen, insoweit es sich nicht um Bedienstete handelt, auf die sich der Punkt 4 dieser Weisungen bezieht.

2) Jene Bediensteten, die das 55. Lebensjahr (weibliche Bedienstete das 50. Lebensjahr) überschritten haben, sind grundsätzlich im Sinne der Bestimmung des § 21, Abs. 2, lit. a/, der Regierungsverordnung Slg. Nr. 379/1938 in der Fassung der zit. Verordnung des Reichsprotectors in den dauernden Ruhestand zu versetzen. Bei kündbaren Vertragsbediensteten, die das 55. Lebensjahr (weibliche Bedienstete das 50. Lebensjahr) überschritten haben, ist sinngemäss durch Kündigung vorzugehen.

3) Hinsichtlich der Bediensteten, die das 55. Lebensjahr (weibliche Bedienstete das 50. Lebensjahr) überschritten haben, hat die Zentralbehörde, sofern nach ihrer Ansicht ganz ausserordentliche Dienstesrücksichten ihre Weiterbelassung im aktiven Dienste erheischen, der Regierung einen begründeten Antrag (in der üblichen Ausstattung der tabellarischen Personalanträge)

7
voraussetzungen, überlege, ob die Bediensteten in den dauernden Ruhestand versetzt werden können. Wenn diese Behörde feststellt, dass die erwähnten Voraussetzungen gegeben sind, hat sie den Bediensteten in den dauernden Ruhestand zu versetzen, insoweit es sich nicht um Bedienstete handelt, auf die sich der Punkt 4 dieser Weisungen bezieht.

2) Zaměstnance, kteří překročili 55. rok věku / zaměstnankyně 50. rok věku / nutno zásadně ve smyslu ustanovení § 21, odst. 2, písm. a/ vládního nařízení č. 379/1938 Sb. ve znění cit. nařízení říšského protektora přeložiti do trvalé výslužby. U vypověditelných smluvních zaměstnanců, kteří překročili 55. rok věku / zaměstnankyně 50. rok věku / , jest postupovati obdobně výpovědi.

3) O zaměstnancích, kteří překročili 55. rok věku / zaměstnankyně 50. rok věku / pokud podle názoru ústředního úřadu zcela mimořádné ohledy služební vyžadují, aby byli ponecháni dále v činné službě, nechtějí ústřední úřad předloží vládě odůvodněný návrh / v obvyklé úpravě personálních tabulárních návrhů / na povolení výjimky podle § 21, odst. 5 vládního nařízení č.

auf Bewilligung einer Ausnahme nach § 21, Abs. 5, der Regierungsverordnung, Slg. Nr. 379/1938 in der Fassung der zitierten Verordnung des Reichsprotectors zu unterbreiten.

4) Ueber die 55-jährigen männlichen (die 50-jährigen weiblichen) und älteren Bediensteten an leitenden Stellen, die gemäss der Bestimmung des § 21, Abs. 2, lit. a/, der zitierten Regierungsverordnung in den dauernden Ruhestand versetzt werden sollen, sowie über die Bediensteten an leitenden Stellen, die gemäss der Bestimmung des § 21, Abs. 1, derselben Verordnung in den dauernden Ruhestand versetzt werden sollen, haben die Zentralbehörden dem Ministerratspräsidium mit einem besonderen Schreiben für jede Person einen Tabellarantrag auf Einholung der Zustimmung des Herrn Reichsprotectors zur Versetzung in den Ruhestand einzusenden. Insoweit die Zustimmung zur Versetzung in den Ruhestand nicht mitgeteilt wird, ist der betreffende Bedienstete im aktiven Dienste zu belassen.

Dem Ministerratspräsidium ist ehestens, längstens jedoch bis 24. Februar 1941 das ressortmässige Namensverzeichnis dieser Bediensteten in einer tschechischen und in 4 deutschen Ausfertigungen zu übersenden. In diesem Verzeichnisse sind anzuführen: der Vor- und Zuname, Rang, Tag und Jahr der

379/1938 Sb. ve znění cit. nařízení říšského protektora.

4) O zaměstnancích 55-letých /zaměstnankyních 50-letých / a starších na vedoucích místech, kteří mají býti dáni do trvalé výslužby podle ustanovení § 21, odst. 2, písm. a/ cit. vl. nařízení, jakož i o zaměstnancích /zaměstnankyních/ na vedoucích místech, kteří mají býti dáni do trvalé výslužby podle ustanovení § 21, odst. 1 téhož nařízení, nechť ústřední úřady zašlou předsednictvu ministerské rady pro každou osobu zvláštním dopisem tabelární návrh na vyžádání souhlasu říšského protektora k přeložení do výslužby. Dokud/bude sdělen souhlas k přeložení do výslužby, buď iž zaměstnanec ponechán v činné službě.

Předsednictvu ministerské rady budiž co nejdříve, nejdéle do 24. února 1941 v jednom českém a ve čtyřech německých vyhotoveních zaslán jmenovitý resortní seznam těchto zaměstnanců. V tomto seznamu buďtež uvedeny: jméno a příjmení, hodnost, den a rok narození, služební úřad, funkce a

Geburt, die Dienstbehörde, Funktion und Besoldungsgruppe (Funktionsgehaltsklasse und dgl.).

Unter Bediensteten an leitenden Stellen sind jene Bediensteten zu verstehen, über welche die Personalbehörden die Fragebogen über die persönlichen Verhältnisse im Sinne der Rundschreiben des Ministerratspräsidiums vom 24. August 1940, Z. 27184/40 M.R., und vom 17. Jänner 1941 Z. 49040/40 M.R., ausfüllen und im Wege des Ministerratspräsidiums ein-senden.

5) Von der Möglichkeit, ohne Nachweis der Unfähigkeit Bedienstete, die das 45. Lebensjahr (weibliche Bedienstete das 43. Lebensjahr) überschritten haben, auch wenn sie den Anspruch auf den vollen Ruhegenuss noch nicht erlangt haben, in den dauernden Ruhestand zu versetzen oder ihr Dienstverhältnis entsprechend dem Charakter desselben durch Kündigung zu lösen, ist zunächst bei jenen Bediensteten Gebrauch zu machen, die sich mit der Neuordnung der politischen und staatsrechtlichen Verhältnisse im Protektorat bisher nicht abfinden konnten. In erster Linie sind unter diesen Bediensteten die Legionäre zu verstehen.

Die Zentralbehörden haben zu diesem Zwecke dem Ministerratspräsidium bis zum 24. 2. 1941 zahlenmassige (nicht namentliche) Aufstellungen aller Bediensteten, welche

stunpnice /stupnice funkčního služ-ného a podob./.

Zaměstnanci na vedoucích místech se rozumějí zaměstnanci, o nichž osobní úřady vyplňují a prostřednictvím předsednictva ministerské rady zasílají dotazníky o osobních poměrech ve smyslu oběžníků předsednictva ministerské rady ze dne 24. srpna 1940, č. 27.184/40 m.r., a ze dne 17. ledna 1941, č. 49.040/40 m.r.

5) Možnosti dáti do trvalé výslužby bez průkazu nezpůsobilosti zaměstnance, kteří překročili 45. rok věku /zaměstnankyně 43. rok věku/, i když ještě nedosáhli nároku na plné výslužhé, nebo rozváza-ti jejich služební poměr podle jeho povahy výpovědí, budiž použito především u těch zaměstnanců, kteří se dosud nemohli smířiti s novým uspořádáním politických a státo-právních poměrů v Protektorátu. Především jest těmito zaměstnanci rozuměti legionáře.

Ústřední úřady předloží za tím účelem předsednictvu ministerské rady do 24. února 1941 číselné /nikoliv jmenné / seznamy všech zaměstnanců, kteří jsou legionáři /§ 2

10

Legionäre sind ,vorzulegen.Diese Auf-
stellungen sind nach Behördenstufen
und innerhalb derselben nach Dienst-
kategorien (Dienstklassen und Besol-
dungsgruppen) zu gliedern.

Soferne es ausserordentliche
und unabweisbare dienstliche Rücksich-
ten erfordern, dass Legionäre,welche
das 45.Lebensjahr überschritten haben,
weiterhin im aktiven Dienste ver-
bleiben,haben die Zentralbehörden
dem Ministerratspräsidium bis 24.2.
1941 für diese Bediensteten eine zah-
lenmässige Aufstellung nach Behörden-
stufen und innerhalb derselben nach
Dienstkategorien (Dienstklassen und
Besoldungsgruppen) zwecks Einholung
Zustimmung des Amts des Reichsprotek-
tors zur weiteren Belassung im Dien-
ste vorzulegen.Dabei ist strengster
Beurteilungsmasstab anzulegen.

Hinsichtlich der Selbstverwal-
tungskörperschaften haben die zu-
ständigen Minister die erforderlichen
Massnahmen zu treffen.

5) Diese Weisungen gelten für
die im § 1 Abs.1 Buchstabe a/,b/ und
c/, der Regierungsverordnung Slg.Nr.
379/1938 in der Fassung der zit.Ver-
ordnung des Reichsprotectors angeführ-
ten Bediensteten sowie für die Be-
diensteten der im § 25 Abs.1 Buchsta-
be a/,b/ und c/ und im § 26,Abs.1,
der gleichen Verordnung angeführten
Korporationen,Anstalten,Unternehmun-
gen,Fonds und Einrichtungen).

zákona č.462/1919 Sb./ . Tyto sezna-
my buďtež rozčleněny podle úředních
stolic a v nich podle služebních
kategorii /služebních tříd a plato-
vých stupnic/.

Pokud toho vyžadují mimořádné
a neodbytné služební ohledy, aby le-
gionáři, kteří překročili 45.rok
věku zůstali nadále v činné službě,
necht' ústřední úřady předloží před-
sednictvu ministerské rady do 24.
února 1941 číselné seznamy těchto
zaměstnanců vyhotovené podle úředních
stolic a v nich podle služebních
kategorii /služebních tříd a plato-
vých stupnic /za účelem vyžádání sou-
hlasu úřadu říšského protectora k
dalšímu ponechání ve službě. Při
posuzování těchto případů jest
užiti nejprísnejšího měřítka.

Stran samosprávných korporací
učini potřebná opatření příslušní
ministři.

6) Tyto pokyny platí pro zaměst-
nance uvedené v § 1,odst.1 písm.a/
b/ a c/ jakož i pro zaměstnance
korporací /ústavů, podniků, fondů
a zařízení / uvedených v § 25, odst.
1.písm. a/, b/ a c/ a v § 26,odst.1
vládního nařízení č.379/1938 Sb.
ve znění cit.nařízení říšského
protectora.

11

7) Bei den Bediensteten der Länd-
der Bezirke und Gemeinden sowie bei
den Bediensteten ihrer oder der von
ihnen verwalteten Anstalten, Unter-
nehmungen, Fonds und Einrichtungen
ist sinngemäss wie bei den Protek-
toratsbediensteten vorzugehen. In die-
ser Richtung hat das Ministerium des
Innern die notwendigen Weisungen zu
erlassen.

8) Jene Zentralbehörden, denen
die Aufsicht über die übrigen Selbst-
verwaltungskörperschaften jeder Art
obliegt, haben zu veranlassen, dass
auch diese Arbeitgeber gemäss diesen
Weisungen entsprechend vorgehen und
der betreffenden Zentralbehörde über
die Durchführung derselben Bericht
erstatten.

9) Soweit nichts anderes be-
stimmt ist, sind diese Weisungen bis
Ende März 1941 durchzuführen.

10) Hinsichtlich der Versetzung
von Protektoratsbediensteten deut-
scher Volkszugehörigkeit in den
dauernden Ruhestand ist nach Analo-
gie des Rundschreibens des Minister-
ratspräsidiums vom 25. Oktober 1939
Z. 25.338/39 M.R. über die Pensionie-
rung und Kündigung von Bediensteten
deutscher Volkszugehörigkeit vorzu-
gehen. Demgemäss verbleiben die
deutschen Protektoratsbediensteten
grundsätzlich bis zur Vollendung des
65. Lebensjahres im aktiven Dienste.
Vor der beabsichtigten Versetzung

7) Obdobně jako u protektorát-
ních zaměstnanců sluší postupova-
ti u zaměstnanců zemí, okresů a
obcí a u zaměstnanců jejich nebo
jimi spravovaných ústavů, podniků,
fondů a zařízení. Ministerstvo
vnitřní vydá v tomto směru potřebné
pokyny.

8) Ústřední úřady, jimž náleží
dozor nad ostatními útvary samo-
správy jakéhokoliv druhu, zařídí,
aby i tito zaměstnavatelé přiměřeně
postupovali podle těchto pokynů a
tomu kterému ústřednímu úřadu počli
zprávu o provedení.

9) Tyto pokyny buďtež, pokud
není jinak stanoveno, provedeny do
konce března 1941.

10) Stran přeložení protektorátních
zaměstnanců německé národnosti
do trvalé výslužby jest postupovati
podle obdoby oběžníku předsednictva
ministrské rady ze dne 25. října
1939, č. 25.338/39 m.r., týkajícího
se pensionování a vypovídání zaměst-
nanců německé národnosti. Podle
toho zůstávají němečtí protektorát-
ní zaměstnanci zásadně v činné služ-
bě až do dokončeného 65. roku věku.
Před zamýšleným přeložením německých
zaměstnanců do trvalé výslužby jest
panu říšskému protektoru v každém

1.2

deutscher Bediensteter in den dauernden Ruhestand ist dem Herrn Reichsprotector in jedem einzelnen Fall rechtzeitig Mitteilung zu machen, u. zw. auch bei einer Versetzung in den dauernden Ruhestand wegen dauernder Dienstunfähigkeit, auf eigenes Ansuchen des Bediensteten u. dgl. Vor Erteilung der Zustimmung des Herrn Reichsprotectors darf ein solcher Bediensteter nicht in den dauernden Ruhestand versetzt werden.

II.

Die Beförderungssperre bezieht sich auf Bedienstete deutscher Volkzugehörigkeit nicht. Hinsichtlich der Aufnahme neuer Kräfte deutscher Volkzugehörigkeit bleiben die Rundschreiben des Ministerratspräsidiums vom 24. April 1940 Z. 14.879/40 M. R., und vom 17. September 1940, Z. 34.750/40 M. R., in Kraft. Im übrigen wird auf das Rundschreiben des Ministerratspräsidiums vom 24. September 1940 Z. 35.951/40 M. R., verwiesen, wonach Ausnahmen von der Einstellungs- und Beförderungssperre nur in den vom Herrn Reichsprotector angeregten Fällen zulässig sind.

Dieses Rundschreiben ergeht an die Kanzlei des Staatspräsidenten, an die Präsidien aller Ministerien, an die kommissarischen Leiter der Sektion VI, Sektion VIII, (Gruppe Forste und Gruppe Landwirtschaft) und der Sektion IX des Ministeriums für Land-

jednotlivém případě včas učiniti sdělení. a to i při přeložení do trvalé výslužby i při přeložení do trvalé výslužby pro trvalou neschopnost ke službě, k vlastní žádosti zaměstnancově a pod. Před udělením jeho souhlasu nesmí býti takový zaměstnanec přeložen do trvalé výslužby.

II.

Zákaz povyšování nevztahuje se na zaměstnance německé národnosti. Pokud jde o přijímání nových sil německé národnosti, zůstávají v platnosti oběžníky předsednictva ministerské rady ze dne 24. dubna 1940, č. 14.879/40 m. r. a ze dne 17. září 1940, č. 34.750/40 m. r. Jinak se poukazuje na oběžník předsednictva ministerské rady ze dne 24. září 1940, č. 35.951/40 m. r., podle něhož jsou přípustny výjimky ze zákazu přijímání a povyšování jen v případech, k nimž dal podnět pan říšský protector.

Tento oběžník se zasílá kanceláři státního presidenta, presidiím všech ministerstev, komisařským vedoucím VI. odboru, VIII. odboru /skupina Lesy, skupina zemědělství/ a IX. odboru ministerstva zemědělství, presidiu nejvyššího účetního kontrol-

13

wirtschaft, an das Präsidium der
Obersten Rechnungskontrollbehörde,
an das Präsidium der Obersten Preis-
behörde, an das Präsidium des Ober-
sten Verwaltungsgerichts, an das
Generalinspektorat der Regierungs-
truppe des Protektorats Böhmen und
Mähren und an das Präsidium des
Statistischen Zentralamtes.

ního úřadu, presidiu nejvyššího
úřadu cenového, presidiu nejvyšší-
ho správního soudu, generálnímu
inspektorátu vládního vojska Pro-
tektorátu Čechy a Morava a presidiu
ústředního statistického úřadu.

Für den Stellvertreter des Vor-
sitzenden der Regierung:

Dr. Klučina o.h.

Za náměstka předsedy vlády:

Dr. Klučina v.r.

Für die Richtigkeit der Ausfertigung.

Za správnost vyhotovení

Expeditsvorstand:

Přednosta výpravy:

Urban

AY

St.S. IV B - 35/41.

Prag, den 23. Juli 1941.

23. VII. 1941

1. Vermerk :
=====

Die einschlägige Angelegenheit ist wunschgemäß erledigt worden. Daher

2. z.d.A.

Gen. G.



1941

[Handwritten signature]

15

Prag, den 2. Juli 1941.

1. Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

2. VII. 1941
K.H. mit 5 Anlagen

dem Herrn Unterstaatssekretär

wieder zugeleitet.

Der Herr Staatssekretär hat von dem Inhalt des von Herrn v. Loebenstein unter dem 26.v.M. - Zeichen Nr. I 3a - 9272 abgesetzten Vermerkes Kenntnis genommen und mich gebeten, darauf hinzuweisen, die hies. an Sie gerichtete Zuschrift vom 18.v.M. - ohne Zeichen sei missverstanden worden. Der Herr Staatssekretär ist der Auffassung, dass bei tschechischen Veranstaltungen weder das Spielen der Nationalhymnen noch der Protektoratshymne in Frage komme. Der Herr Staatssekretär schlägt vor, insoweit den Vermerk überarbeiten zu lassen. Ich darf um die entsprechende weitere Veranlassung bitten.

k.
Oberregierungsrat.

2. Wv. am 20. 7. 1941 bei dem Unterzeichner.

34110

St. S. IV B-35/41